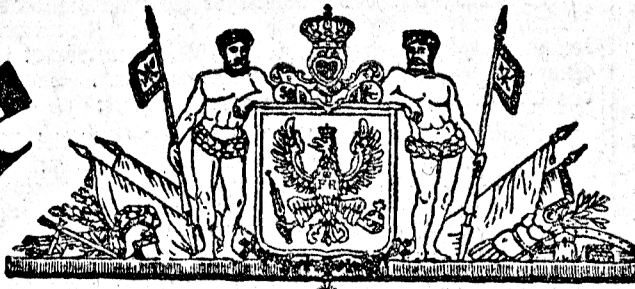


Vossische



Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“...

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten...

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11.800, 11.801, 11.802 bis 11.850, sowie 15.280, 15.281, 15.282 bis 15.281.

Das Betriebsrätegesetz als Kabinettsfrage.

Ein neuer Vermittlungsantrag.

Aus Kreisen der Regierung wird uns mitgeteilt: „Das Kabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage des Betriebsrätegesetzes beschäftigt, dessen wichtigster Paragraph heute in der Kommission in erster Lesung zur Abstimmung steht.“

Diese Kundgebung, die in den späten Abendstunden auch durch das Vossische Büro verbreitet wurde, ist etwas merkwürdig gefärbt. Das Kabinett kann unmöglich beschließen, was die drei Mehrheitsparteien tun „müssen“.

Es ist kein Zweifel, daß diese Lage einen starken Druck auf die Entschlüsse der demokratischen Fraktion ausübt. Denn nach der Gesamtlage würde ihre Ablehnung nicht nur den erneuten Austritt ihrer Minister aus dem Kabinett nach sich ziehen.

eine Lösung der Kabinettsfrage zu unübersehbaren Konsequenzen führen. Eine Orientierung nach links wäre ohne ernste Bedenken kaum denkbar, und eine Kabinettsbildung ohne die Sozialdemokraten wäre weder haltbar noch angesichts des Gesamtverhaltens der Deutschnationalen überhaupt zu erzielen.

Außer dem Reichskabinett tagten gestern sämtliche Fraktionen der Nationalversammlung bis in die späte Nacht hinein. Die demokratische Fraktion, bei der die Entscheidung liegt, hatte bereits am Montag viele Stunden lang sich beraten und setzte gestern die Aussprache fort. Wie wir hören, einigte man sich auf einen neuen Vermittlungsantrag, und zwar über den Bilanzparagraphen wie über die Frage der Vertretung der Betriebsräte im Ausschussrat.

Ohne Zweifel ist die demokratische Fraktion bis zur äußersten Grenze des sachlich Möglichen gegangen. Sie bringt damit ein sehr schweres parteipolitisches Opfer. Darüber hinaus bedeutet die Erledigung dieser wirtschaftlichen Frage unter dem Druck einer politischen Konstellation, wie sie im Augenblick gegeben ist, eine außerordentlich große Gefahr.

Planwirtschaft in der Ausfuhr?

Von Dr.-Ing. Dr. Walbemar Koch, Direktor des Reichswerks Spanbau.

Die Umwertung aller Werte durch einen langjährigen Krieg bringt immer neue und unerwartete Entwicklungen. Deutschland hat vor dem Kriege jährlich für 12 Milliarden Mark Werte exportiert, einen erheblichen Teil seiner Produktion. Unter diesen Umständen schien die Tendenz unserer Kriegsgegner, uns in Zukunft vom Außenhandel fernzuhalten, große Gefahren für uns zu bergen.

Jeder, der die gegenwärtigen Verhältnisse im deutschen Außenhandel kennt, muß ihm unbedingt beipflichten. Wie planlos heute gearbeitet wird, zeigt die Tatsache, daß heute der eine einen Rohstoff zu 20 Mark das Kilo importiert, während das gleichartige Material von einem anderen im verarbeiteten Zustande für einen geringeren Preis exportiert wird. Die Gefahr liegt aber dabei nicht nur in der Richtung, daß wir unnötigerweise auf den möglichen Gewinn verzichten und daß sich das Ausland sehr bald vor unserer Preisdrückerei schütten wird.

Dies wird, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Produktionskosten des Auslandes am Kriegsalutahande gemessen, heute stark gestiegen sind, eine Steigerung der deutschen Inlandspreise auf ein mehrfaches der gegenwärtigen bedeuten. Notwendigerweise müßten auch die Löhne entsprechend gesteigert werden und endlose Lohnkämpfe wären die Folge.

Es ist daher nicht ausreichend, daß man sich damit begnügt, die allerdings durchaus notwendige Angleichung der Ausfuhrpreise an das Auslandsniveau herbeizuführen; es ist vielmehr unerlässlich, daß man eine Beschränkung der Ausfuhr herbeiführt. Sie muß allerdings durchaus planmäßig sein, d. h. daß sie nicht pedantisch rein zahlenmäßige Grenzen festlegt. Vielmehr muß sie in einer Weise organisiert werden, daß sie beiden Hauptforderungen gerecht wird: Sicherung hoher Preise, Erzielung einer möglichst großen Ausfuhr.

Bei der zweiten Forderung ist der Nachdruck auf das möglichst zu legen. Man sollte zunächst die Ausfuhr aller der Erzeugnisse freigeben, für die in Deutschland die Rohstoffe erzeugt bzw. gefunden werden, und in denen ein zu großer Mangel nicht besteht. Die Gruppe dieser Erzeugnisse

Die Vorbereitung des Wiederaufbaus.

Besprechungen mit den süddeutschen Regierungen.

W. L. B. meldet: Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Gessler hat sich nach Süddeutschland begeben, um in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt gemeinsam mit den dortigen Regierungen, mit den Vertretern der Interessententriebe dieser Wirtschaftsgebiete Fühlung zu nehmen. Es handelt sich hierbei um die verschiedensten, den Geschäftsbereich des Wiederaufbauministeriums, insbesondere den Wiederaufbau in Nordfrankreich betreffenden Fragen.

Der Papst für die Gefangenen.

Drahtmeldung.

München, 25. November. (W. L. B.)

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Nach einer Mitteilung des Kardinal-Staatssekretärs an die hiesige päpstliche Nuntiatur hat sich der Heilige Stuhl in nachdrücklichster Weise dafür verwendet, von Frankreich die Heimbesetzung der deutschen Gefangenen bis zum kommenden Weihnachtsfest zu erwirken.

Das Datum der Gefangenen-Note.

Eine amtliche Feststellung.

Zu dem Datum des 15. November, das die letzte Ententernote trägt, wird amtlich durch W. L. B. mitgeteilt, daß die Note der deutschen Delegation in Paris erst am Abend des 21. November, nach Abfahrt des deutschen Kuriers, übergeben worden ist. Der Wortlaut ist von der am 22. aus Paris abgereisten und am 24. gegen Mittag in Berlin eingetroffenen deutschen Sonderdelegation den zuständigen Stellen übermittelt worden. Die Weitergabe an die Presse ist am 24. November abends erfolgt.

Frankreichs schärfere Tonart.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 25. November.

Ein Reuters-Telegramm aus Paris berichtet: In der gestrigen Konferenz des Obersten Rates zu Paris wurde die deutsche Note verlesen, in der um Verlegung der Verhandlungen über die Regelung der Verwaltung der besetzten Gebiete ersucht wird, da die deutsche Abordnung nach Berlin reise, um dort nähere Einzelheiten zu besprechen. Der Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen Bert h e l o t gab zu verstehen, daß die Veränderung in der Haltung Deutschlands — die unvermutete Abreise der deutschen Abordnung — eine Folge der Vorgänge in den Vereinigten Staaten sei. Es wurde eine Antwort entworfen, in der eine bündige Erklärung über die Absichten der deutschen Regierung mit Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages verlangt wird.

Obligatorische Schiedsgerichte.

Das seinerzeit bereits vom Reichskanzler angekündigte Gesetz gegen die wilden Streiks und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte ist, wie wir erfahren, jetzt soweit fertiggestellt, daß es unter allen Umständen noch vor den Weihnachtsferien der Nationalversammlung zugehen wird.

Großes amerikanisches Anleiheprojekt.

Osag, 25. November. (W. L. B.)

Der „New York Courant“ meldet aus New York, daß auf der internationalen Handelskonferenz von dem Ausschuss der amerikanischen Bankvereinigungen sowie der englischen, französischen und italienischen Delegation der Plan erörtert wurde, eine große öffentliche Anleihe für das Ausland in Höhe von 2 bis 4 Milliarden Dollar auszusprechen, um den europäischen Wechselkurs zu regeln und den Ankauf von Waren in Amerika zu erleichtern.